
ALLE MACHT DEN RÄTEN!

Erich Mühsam

1930

LA BANDA VAGA TEXTE I

VORWORT

„Alle Macht den Räten“ - diese Parole steht nicht nur für die russische Oktoberrevolution, sondern auch exemplarisch für jenen antiautoritären Flügel der ArbeiterInnenbewegung, der sich eine befreite Gesellschaft (und auch den Weg dorthin) niemals als Diktatur einer Partei vorstellen wollte, sondern als „Assoziation der Freien und Gleichen“, frei von jeglichen Hierarchien. Ob AnarchistInnen oder RätekommunistInnen, die befreite Gesellschaft war immer mit der Idee einer Organisation derselben von unten nach oben verbunden. Entscheidungen sollen gleichberechtigt und nur von jenen getroffen werden, die wirklich betroffen sind. Die Räte, eigentlich nichts anderes als Plena und DelegiertInnentreffen, sind Strukturen, welche die Organisation des Kommunismus als „staaten- und klassenlose Weltgesellschaft“ ermöglichen.

Etwas altmodisch aus heutiger Sicht erscheint, dass Mühsam die Räte als „Repräsentation der Arbeit“ sieht und folglich die „Organisation [der Gesellschaft] von den Arbeitsstätten und Arbeitsbeziehungen aus“ will, statt der Organisation (auch der Produktion) aus dem unmittelbaren Lebenszusammenhang heraus. Dass in den Räten (nur) die „gesamte [...] arbeitende Bevölkerung [...] zusammengeschlossen“ sei, steht auch in einem gewissen Gegensatz zur Parole „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen.“ Immerhin weist Mühsam darauf hin, wie schwer es sein wird, die auf kapitalistische Verwertung ausgerichtete Produktion auf die Bedürfnisbefriedigung umzustellen: wozu sicherlich gehören muss, diese für die einzelnen Produzenten so angenehm wie möglich zu gestalten. Arbeit, als „die Plackerei, wie die Vergangenheit sie einzig kennt“ (Horkheimer) wird es so dann hoffentlich nicht mehr geben. Um die Umgestaltung der Produktion in einer Revolution zu ermöglichen, schlägt Mühsam vor, statistische Erhebungen über die gegenseitige Versorgung oder Rohstoffbeschaffung zu erstellen. Sicherlich kann es zu bedeutenden Problemen kommen, beispielsweise die Nahrungsmittelversorgung während der Revolution oder der Austausch zwischen Menschen in der „3. Welt“ und Menschen hier. Auch hätten derartige Pläne möglicherweise eine gewisse Mobilisierungskraft bei jenen, die „das Funktionieren“ einer freien Gesellschaft bezweifeln. Andererseits ist es aber unmöglich, die Bedürfnisse der Menschen einfach autoritär festzulegen, und konkrete Vorhersagen über eine befreite Gesellschaft sind durchaus fragwürdig, schließlich können „alle

derartigen Versuche [...] immer nur auf die Richtung hinweisen, in der Freiheit und Sozialismus liegt.“

In Russland mussten die Bolschewiken während der Oktoberrevolution die Parole „Alle Macht den Räten“ aufgreifen, sie haben sie aber schnell durch ihr despotisches „Alle Macht der Partei“ ersetzt. Der Aufstand der Petrograder ArbeiterInnen und der Matrosen in Kronstadt 1921 war der letzte große Versuch, die Revolution zu retten, doch er wurde von Trozki's Truppen blutig niedergeschlagen. Heute jedoch, lange nach dem Zusammenbruch dieses staatskapitalistischen Ostens und dem daraufhin ausgerufenen „Ende der Geschichte“, hat die Idee der Räte nicht an Aktualität verloren, denn die kapitalistische Welt ist keineswegs annehmbarer geworden.

Für den Kommunismus! Für die Anarchie!

La Banda Vaga, Frühling 2004

Eigentumsvorbehalt: Diese Broschüre bleibt bis zur persönlichen Aushändigung an den Adressaten / die Adressatin Eigentum des Absenders / der Absenderin. „Zur-Handhabe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Nicht persönlich ausgehändigte Broschüren sind unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung an den Absender / die Absenderin zurückzusenden.

ALLE MACHT DEN RÄTEN!

Die Auflockerung aller gesellschaftlichen Bindungen in dieser Zeit des Überganges, in der nichts feststeht als die Tatsache, dass nichts feststeht, macht den Anarchisten die ernste Auseinandersetzung darüber zur Pflicht, was für neue politische und wirtschaftliche Beziehungen sie als Inhalt der durch die soziale Revolution ermöglichten Ordnung des öffentlichen Lebens herbeiführen wollen. Solche Erörterungen sind viel wichtiger als das unfruchtbare Orakeln über den Zeitpunkt, wann unser aufbauendes Eingreifen nötig werden könnte. Es ist selbstverständlich damit zu rechnen, dass vorher ganz andre Kräfte zur Entfaltung kommen können als solche, die eine freiheitliche Gestaltung des Lebens anstreben. Gegen sie werden wir wie gegen alles Unsoziale und Gegenrevolutionäre die Mittel des unmittelbaren revolutionären Kampfes anzuwenden haben. Wir müssen aber auch, mögen wir diesen Verlauf für wahrscheinlich halten oder nicht, den günstigsten Fall in Betracht ziehen, dass der ja jetzt schon vor aller Augen liegende Bankrott der Demokratie in Deutschland weder von einer halbkonstitutionellen Industriellen- und Militärdiktatur abgelöst wird, wie sie Pilsudski¹ in Polen und Starhemberg² in Österreich versucht und wie Hugenberg³ und der Stahlhelm⁴ sie haben möchten, noch von einer rein faschistischen Tyrannis nach Mussolinischem Muster, noch auch von einer Parteidеспотie der Stalin-Kommunisten, sondern dass das revolutionäre Proletariat sich im Aufschwung seiner Kraft auf Selbständigkeit und Selbstverantwortung besinnt und daher den Kampf gegen jede Art Staat lenkt. Dann helfen uns keine Schlagwörter und keine roten und schwarzen Fahnen, dann müssen wir durch Rat und Zugriff praktisch bewahren, dass Anarchie ein wirklichkeitssträchtiger Daseinsbegriff ist und dass sich eine soziale Gesellschaft aufbauen lässt, die anders aussieht und anders handelt als ein Staat.

Nach mancherlei zweifelndem Schwanken hat sich in den Bewegungen des kommunistischen Anarchismus und des Anarchosyndikalismus das Bekenntnis zur Räterepublik als der freiheitlichen Gesellschaftsform des Sozialismus

¹Józef Pilsudski: 1867-1935; polnischer Politiker; unter anderem Mitbegründer der Polnischen Sozialistischen Partei; später Kriegsminister und Diktator.

²Ernst Rüdiger Fürst von Starhemberg: 1899-1956, Bundesführer der österreichischen Heimwehren, Anhänger und Funktionär des österreichischen Faschismus unter Dollfuß und Schuschnigg.

³Alfred Hugenberg: 1865-1951; deutscher Industrieller und Politiker; u.a. Parteiführer der DNVP.

⁴Stahlhelm: 1918 in Magdeburg gegründeter militant nationalistischer Bund der Frontsoldaten. Koalierte mit der NSDAP in der Harzburger Front.

ziemlich allgemein durchgesetzt. Die Losung „Alle Macht den Räten!“, unter der die russische Revolution 1917 ihren Oktobersieg errang, erwies sich als so erschöpfender Ausdruck des wahren Willens der gesamten revolutionären Arbeiterschaft in allen Ländern, dass auch die entschiedensten Autoritären, die Bolschewiken⁵, sie aufnahmen, da sie sonst einfach den Anschluss an die Massen verpasst und keine Gelegenheit gefunden hätten, sich nach dem Siege der Revolution zu demaskieren, sie waren, wie es den Menschewiken erging, schon vorher als Staatssozialisten erkannt und zu keiner Teilnahme an der Neuordnung der Verhältnisse zugelassen worden. Nachdem die Dinge in Russland nun leider den Verlauf genommen haben, den jede jacobinische Revolutionsverfälschung⁶ nehmen muss: von einer Massenerhebung über Klüngeldiktatur und Direktorium zum Bonapartismus – der gegenwärtige Zustand entspricht einer Zwischenstation zwischen Robespierre⁷ und Barras⁸, aber die Konturen des Konsulates überschatten schon den Hintergrund –, zwingt die lärmende Anpreisung eines „Sowjet-Deutschland“, das dem Vorbild des heutigen Russlands genau nachgeahmt werden soll, zur klarsten Herausstellung des Gegensatzes zwischen einem Sowjetstaat und einer Räterepublik.

Eine Darstellung dessen, was sich in Russland als „Diktatur des Proletariates“ ausgibt, erübrigt sich in diesem Zusammenhang. Es genügt, daran zu erinnern, dass die Verfolgungen und Brutalisierungen gegen alle Proletarier, die sich noch heute zu den gemeinsamen Parolen von 1917 bekennen, dauernd gesteigert werden und dass die Moskauer Machthaber sich noch nie bewogen gefühlt haben, dem Protest der proletarischen Revolutionäre aller Länder, die nicht ihre gefügigen Parteigänger sind, auch nur einen Teil der Beachtung zu schenken, die sie den Protesten empfindsamer Intellektueller zuwenden, wenn sich ihr revolutionärer Eifer wirklich einmal statt gegen Anarchisten und linke Kommunisten gegen Saboteure, Weißgardisten und Pfaffen richtet. Dass

⁵Bolschewiken/Menschewiken: 1903 spaltet sich die russische Sozialdemokratie in einen radikaleren (Bolschewiki = Mehrheitler) und einen gemäßigeren (Menschewiki = Minderheitler) Flügel. Mit der Oktoberrevolution von 1917 setzten sich die Bolschewiki unter der Führung Lenins durch.

⁶Die Jakobiner versuchten nach dem Sturz der französischen Aristokratie die soziale Revolution mit Hilfe des Staates zu vollziehen, was dann zwangsläufig zu einer die gesamte Gesellschaft denunziatorisch durchsetzten Diktatur mit Massenguillotinerungen („Terreur“) führte. Trotz ihres eigenen Anspruchs der Befreiung, blieben sie wie die Bolschewiki durch die Affirmation des Staates bürgerlichen Charakters.

⁷Maximilien de Robespierre: 1758-1794, Anführer der Jakobiner zur Zeit der Französischen Revolution.

⁸Paul François Jean Nicolas Vicomte de Barras: 1755-1828, Adelliger Offizier, Mitglied des Direktoriums.

westeuropäische Kapitalisten des Außenhandelsmonopols wegen in Russland Wirtschaftssabotage finanzieren und dass die ganze gottgefällige Empörung über die Unterdrückung klerikaler Einwirkungen auf Politik und Wirtschaft nichts ist als anfeuernde Begleitmusik zu dieser Sabotage, kann gar nicht zweifelhaft sein. Die Erschießung der 48 Leute⁹, welche von der GPU¹⁰ beschuldigt wurden, unter der Maske treuer Mitarbeit am Aufbauwerke des sozialistischen russischen Staates jahrelang organisierte Zerstörungsarbeit eben an diesem Werke betrieben, Nahrungsmittelfälschungen, Warenverderb und Betriebsstörungen größten Umfanges organisiert zu haben, kann Bedenken in uns erwecken, ob man mit diesen Personen wirklich die richtigen erwischt hat, da hier nicht wie im Schachty-Prozeß¹¹ öffentlich verhandelt wurde, sondern nachträglich verlangt wurde, wir sollen an das Eingeständnis der Schandtaten bei allen 48 geheim Verurteilten glauben, aber die Radikalmaßnahme an und für sich, wenn es sich wirklich um eine derartig wirksame und bösartige Schädigung der arbeitenden Massen handelt, brauchte uns wahrhaftig nicht zum Haarausraufen zu veranlassen. Von den 42 deutschen Schöngeltern, die ihrem Entsetzen über die Hinrichtungen Ausdruck gegeben haben, hat nicht ein einziger seinen Namen damals unter den Aufruf gesetzt, den wir linken Revolutionäre vor drei Jahren gegen die Drangsalierung der Oktoberkämpfer in Russland in die Welt hinaus sandten. Sie haben sich auch bei sehr dringlichen Anlässen in Deutschland selbst, wie den Berliner Maimorden¹², alle mögliche Zurückhaltung auferlegt, müssen sich also den Vorwurf gefallen lassen, dass ihnen das Schicksal Unrecht leidender Proletarier niemals so wichtig ist wie das von Klassenfeinden des Proletariates, deren Unschuld zu bestätigen sie stets allzu bereit scheinen.

Die Angelegenheit der erschossenen Professoren und Spezialisten, danach jetzt wieder die Aufdeckung der Geheimorganisation einer „Industriepartei“ in Russland¹³, die die Durchkreuzung der russischen Experimente staatssozia-

⁹Im Oktober 1930 teilte die Sowjet-Presse, die geheime Verurteilung und Hinrichtung von 48 Professoren und Wissenschaftlern mit.

¹⁰GPU: Abkürzung für Gossudarstwennoje polititscheskoje upravlenije (russ. 'staatliche politische Verwaltung'), politische Staatspolizei der UdSSR von 1922 bis 1934. Später in NKWD, dann UHA (Staats Sicherheitsdienst) umbenannt.

¹¹Erster großer Schauprozeß der Stalin-Ära (18.5.-6.7.1928).

¹²Der Feuerüberfall der Berliner Polizei auf demonstrierende Arbeiter am 1.5.1929, bei dem über 30 Menschen getötet wurden („Zörgiebel-Mai“ oder „Blut-Mai“).

¹³Daran schloß sich der zweite große Schauprozeß gegen Intellektuelle, Spezialisten und ehemalige Fabrikbesitzer an (25.11. - 7.12.1930).

listischer Art bezweckt haben soll, lenken jedoch die Aufmerksamkeit auf Dinge, die uns als Räterevolutionäre in außerordentlichem Maße angehen müssen. Wir haben an die Leiter der russischen Geschicke und an die Verkünder eines Sowjet-Deutschlands nach gleichem Zuschnitt die Frage zu richten: Gibt es eigentlich in Sowjet-Russland noch Sowjets? Was für eine Rolle spielen sie im öffentlichen Leben? Worin bestehen ihre Funktionen im Wirtschaftsbetriebe? Haben sie keine Kontrollrechte mehr in den Fabriken und den Verteilungsstellen? Wie geht es zu, dass klassenfremde Gegenrevolutionäre Jahre hindurch Konserven verunreinigen konnten, ohne dass die Arbeiter etwas gemerkt haben? Wie sind die ganzen Schweinereien, die in der russischen und parteikommunistischen Presse mit allem greuelhaften Beiwerk umständlich geschildert wurden, überhaupt möglich geworden, wenn es zugleich wahr sein soll, dass Russland ein Sowjetland ist und die Arbeiter selber die Herren im Hause ihrer Arbeit sind? Das, nichts sonst, soll von denen erklärt werden, die die Saboteure anklagen und ihre Schuldbeweise nach vollstrecktem Todesurteil auf das Geständnis der Verurteilten stützen, nicht auf ihre Dingfestmachung durch die kontrollierenden Betriebsräte. Hängt das Geheimverfahren vielleicht zusammen mit der Befürchtung, bei öffentlicher Verhandlung wäre die gänzliche Einflusslosigkeit der Sowjets an den Arbeitsstätten ans Licht gekommen, die bei der geringsten Selbständigkeit und Macht ja schon beim ersten Sabotageversuch hätten aufmerksam werden, beobachten und zugreifen müssen?

Über Russland wird an anderer Stelle dieses Heftes im Anschluss an einige Literaturerzeugnisse mehr gesagt. Über Russland wird, da es ohne Frage das wichtigste Gegenwartsproblem ist – handelt es sich doch um die Frage, ob es uns Vorbild oder Warnung sein soll –, noch oft und ausführlich gesprochen werden müssen. Im Augenblick steht allein die Aufgabe zur Lösung: Wie sieht der gesellschaftliche Zustand aus, der die Forderung „Alle Macht den Räten!“ erfüllt? Der Hinweis auf die Möglichkeit jahrelang gelungener konterrevolutionärer Wirtschaftssabotage in Russland, 13 Jahre nach der siegreichen Revolution, aber würde allein zum Beweise genügen, dass der erstrebte Zustand keine Ähnlichkeit haben wird mit dem Gesellschaftsbilde des heutigen Russlands.

Der Rätegedanke ist uralte. Räte sind im eigentlichen Sinne nichts anderes als die Vereinigung Gleichberechtigter zur Beratung ihrer eigenen gemeinsamen Angelegenheiten. Diese Bedeutung hatten die Gemeindeversammlungen des

Altertums, die Gilden des Mittelalters, die Sektionen der französischen Revolution und der Kommune¹⁴. Das Rätewesen als Zusammenarbeit von Ratgebern und Ratholern auf Gegenseitigkeit ist über die Bestimmung der Interessenvertretung in sich verbundener Menschengruppen hinaus die natürliche Organisationsform jeder Gesellschaft überhaupt, welche die Leitung der öffentlichen Sachen von einer staatlichen Spitze aus durch die Ordnung von unten herauf, durch Föderation, Bündnis und unmittelbaren Zusammenschluss der Arbeitenden zur Regelung von Arbeit, Verteilung und Verbrauch ersetzt sein will. Der Anarchismus stellt von jeher diese föderative Gestaltung der gemeinschaftlichen Notwendigkeiten dem zentralistischen Prinzip gegenüber. Die Organisation von den Arbeitsstätten und Arbeitsbeziehungen aus, das ist die politische und wirtschaftliche Gesellschaftsform der Anarchisten, das ist die staatlose, die dem Staat entgegengesetzte Gesellschaftsform der Anarchie. Die Bezeichnung der Organe dieser unmittelbar wirksamen Beeinflussung des Lebens durch die Arbeit als „Räte“ wurde zum ersten Male auf dem Baseler Kongress der I. Internationale¹⁵ (5. bis 12. September 1869) laut, und zwar entwickelte der belgische Anarchist Hins¹⁶ in seinem Kommissionsbericht über die künftige Bedeutung der Gewerkschaften den Gedanken, dass in einer sozialistischen Gesellschaft die Vereinigung der Gewerkschaften eines Ortes die Kommune bilden, während die nationalen (regionalen) Verbände die Arbeitervertretung sein würden. Die Staatsregierung würde durch Räte aus den Föderationen der Berufe und durch ein Komitee ihrer Delegierten ersetzt. So würden die Arbeitsbeziehungen die politischen Beziehungen in sich schließen. Jede Industrie werde ein Gemeinwesen für sich sein und auf diese Weise die Rückkehr zum alten Zentralisationsstaat für immer unmöglich gemacht werden. Die alten politischen Systeme würden also ersetzt werden durch die Repräsentation der Arbeit.

Diese Ausführungen, mit denen Hins vor 61 Jahren die moderne syndikalistische Bewegung aus der Taufe hob, haben eine geschichtliche Bedeutsamkeit, deren Umfang und Tiefe erst in unsern Tagen, da der Rätegedanke zur

¹⁴Pariser Kommune, Bezeichnung für die im März 1871 durch Arbeiter und Teile der Nationalgarde in Paris errichtete Gesellschaft. Ihr Ziel war nicht nur die Vertreibung der deutschen Truppen, sondern vor allem ein Umsturz der sozialen Verhältnisse in Frankreich. Im Mai 1871 wurden die Kommunarden von preußischen Truppen ermordet.

¹⁵I. Internationale: 1864 gegründete Internationale Arbeiterassoziation. Zerbricht 1869 an Differenzen zwischen MarxistInnen und AnarchistInnen.

¹⁶Eugène Hins, Anarchist, Professor in Brüssel, Generalsekretär des belgischen Generalrats der I. Internationale.

befruchtenden Idee der revolutionären Arbeiterschaft aller Länder geworden ist und schon jetzt durch seine Verfälschungen in der Praxis diskreditiert zu werden droht, klar zu erkennen ist. Hierbei kommt es gar nicht darauf an, dass der Ausbau der kapitalistischen Industrialisierung die revolutionäre Gestaltung der Räte nicht mehr von Berufs- oder Industrieverbänden, sondern unmittelbar von den Belegschaften der einzelnen Betriebe und ihrer örtlichen und regionalen Verbindungen erwarten lässt. Es kommt allein darauf an, dass auf dem Baseler Kongress bereits der Sinn der Forderung „Alle Macht den Räten!“ mit unzweideutiger Klarheit festgestellt worden ist, auf jenem in jeder Hinsicht denkwürdigen Kongress, von dem Max Nettlau¹⁷ sagt, er sei „bis heute die einzige große Versammlung geblieben, in der Sozialisten und Anarchisten aller Richtungen, in natürlichen Proportionen vertreten, ruhig diskutierten, sich über manches verständigten, in anderem differierten und friedlich auseinandergingen“. Wir wissen, was die fernere Zusammenarbeit der verschiedenen gerichteten revolutionären Arbeiterorganisationen verhindert hat: der Glaube an das Heil der Zentralgewalt, der seine Verkünder zwangsläufig zu der Auffassung führt, dass nur sie sie ausüben dürfen; folglich der Widerstand aller Stolzen und Freien innerhalb der Arbeiterbewegung gegen die Zumutung, anstelle der Staatsautorität die Autorität von sich selbst ernannter Befehlsgeber des Proletariates ertragen zu sollen; dann die inneren Kämpfe zwischen den Führerschaften, die sich als Kommandeure und Nutznießer der proletarischen Klassenbewegung bereits als Beamte der künftigen Zeit fühlen und im Gegenwartsstaat einüben, endlich die Umbiegung aller revolutionären Begriffe zu Werkzeugen der Macht Weniger über die Gesamtheit. Hierfür ist Russland das schlimme Beispiel geworden, wo die Revolution unter der gemeinsamen Forderung „Alle Macht den Räten!“ den herrlichsten Sieg erkämpfte und wo es Autoritären gelang, alle Macht in ihre eigenen Hände zu bringen, die Räte zu regierungsergebenen Staatsorganen zu machen, ihre Wahl von der Zugehörigkeit oder mindestens Billigung einer jede Kritik unterbindenden, die Freiheit des Proletariats schlimmer als die der Kapitalisten unterdrückenden Partei abhängig zu halten und in der Welt die Meinung zu verbreiten, Russland sei eine Sowjetrepublik, aus seinem Boden wachse „Sowjetgetreide“, aus seinen Naphthaquellen fließe „Sowjetöl“ und in den Einkerkungen, Verbanungen, Verfolgungen, Beschimpfungen und Verleumdungen aller, die den Lo-

¹⁷Max Nettlau: 1865-1944, DER Historiker der Anarchismus.

sungen von 1917 die Treue gehalten haben, erweise sich die wahre Erfüllung des Sowjetsystems: Alle Macht den Räten!

Wie stellen wir uns die „Repräsentation der Arbeit“ vor, die Hins als Trägerin der Zukunft anstelle des in Russland bevorzugten staatskapitalistischen Systems verkündete? Wir nehmen den Ruf „Alle Macht den Räten!“ wörtlich. Wir dulden keine Macht, die sich über den Räten festsetzen will. Wir verstehen mit Bakunin unter der Errichtung der Räterepublik „die vollständige Liquidation des politischen, juristischen, finanziellen und verwaltenden Staates, den öffentlichen und privaten Bankrott, die Auflösung aller Macht, Dienste, Funktionen und Gewalten des Staates, die Verbrennung aller Dokumente, der öffentlichen und privaten Akten“. In unsrer Revolution wird sich das Proletariat beeilen, „sich so gut es geht, revolutionär zu organisieren, nachdem die in Assoziationen vereinigten Arbeiter die Hand auf alle Arbeitswerkzeuge, Kapital jeder Art und die Gebäude gelegt, sich bewaffnet und nach Straßen oder Vierteln organisiert haben“. Die Kommunen der verschiedenen Orte werden sich dann föderieren, „zur gemeinsamen Organisation der nötigen Leistungen und Beziehungen für Produktion und Austausch, für die Aufstellung der Verfassungsurkunde der Gleichheit, der Grundlage jeder Freiheit, einer absolut negativ gearteten Charta, die mehr festsetzt, was für immer abgeschafft werden muss, als die positiven Formen des lokalen Lebens, die nur durch die lebendige Praxis jeder Örtlichkeit geschaffen werden können; ferner für die Organisation einer gemeinsamen Verteidigung gegen die Feinde der Revolution und für Propaganda, Bewaffnung der Revolution nebst praktischer revolutionärer Solidarität mit den Freunden in allen Ländern gegen die Feinde in allen Ländern“. (Brief Bakunins an Albert Richard¹⁸ vom 1. April 1870 über die Aufgaben der Pariser Kommune).

Um schließlich die lebendige Wesenheit der Räte aufzuzeigen, die Form der Delegation, die die Gefahr ausschließt, dass sich Vertreter des Proletariats zu Vorgesetzten ihrer Auftraggeber erheben, wie es im Staat und in allen zentralistischen Organisationen der Fall ist, seien ein paar Sätze wiederholt, die den Standpunkt des FANAL in der ersten überhaupt erschienenen Nummer vom

¹⁸Albert Richard, Leiter der „Allianz der sozialistischen Demokratie“ in Frankreich. Die Allianz war Gegenstand eines Machtkampfes innerhalb der I. Internationalen, in dessen Folge Bakunin aus der Internationalen ausschied.

Oktober 1926 deutlich machen sollten. Da hieß es im Artikel „Staatsverneinung“: „Die Verwaltung des Gemeinwesens durch die von den Arbeitsstätten aus von unten nach oben wirkende föderative Organisation der Räte, die von den revolutionären Kommunisten aller Schattierungen angestrebte Räterepublik, kann niemals ein Staatsgebilde sein. Staat setzt Regierung voraus, das ist obrigkeitliche Befehlsgewalt und Rangordnung. Die Räterepublik ist charakterisiert in der Forderung (..): Alle Macht den Räten! Räte sind die aus den Produktionsbetrieben unmittelbar entsandten, für jede Einzelfrage nach besonderer Eignung ausgesuchten, stets abberufbaren und auswechselbaren, unter dauernder Kontrolle der Werktätigen nach deren eigenen bindenden Beschlüssen handelnden Delegationen der industriellen und landwirtschaftlichen Betriebsbelegschaften. In den Räten ist also die gesamte städtische und ländliche arbeitende Bevölkerung zur direkten Ausübung aller Verwaltungsfunktionen des Gemeinwesens zusammengeschlossen. Die Leitung der Verwaltungsaufgaben in den gemeinsamen Angelegenheiten weiterer und weitester Bezirke geschieht durch Unterdelegationen dieser Räte zu Kreis-, Provinzial-, Landesräte-Kongressen nach dem gleichen Grundsatz der Verantwortung nach unten, der Abberufbarkeit, des gebundenen Mandats, bis hinauf zu den höchsten Exekutivorganen, dem Zentralexekutivkomitee und dem Rat der Volksbeauftragten, denen keine Legislative, sondern durchaus nur die Ausführung des Willens der im Produktionsprozess unmittelbar Tätigen zusteht und die, stets gewärtig, den Platz im Ganzen oder für einzelne Aufgaben berufeneren Genossen räumen zu müssen, immer nur Beauftragte, nie Auftraggeber sind.“

Alle derartigen Versuche, künftige Dinge in Worten und Thesen festzulegen, können der Wirklichkeit immer nur auf die Richtung hinweisen, in der Freiheit und Sozialismus liegt. Finden muss sie die schaffende Menschheit selber. Es ist ja vollkommen gleichgültig, ob sich die Räte ein zentrales Exekutivkomitee und einen Rat der Volksbeauftragten schaffen oder nicht. Tun sie es, so müssen sie achtgeben, dass es in der Tat ausführende Organe bleiben und nicht auf Schleichwegen eine Gesetzgeberei aus ihren Funktionen machen; unterlassen sie es aber, so müssen sie eben ein andres Mittel finden, um die Aufgaben der Gesamtheit wie Beleuchtung der Dörfer und Städte, Verkehrswege, Brückenbauten, Medizinal- und Schulwesen, kurz alle die Dinge zu regeln, die nicht von einem Betriebe oder einem Stadtviertel aus allein geordnet werden können. Tausenderlei Fragen werden sich erst aufwerfen, wenn

es ans Handeln geht. Mit dem Höchstmaß von Vertrauen zur Kraft des gemeinsamen Willens und mit dem Mindestmaß von Vertrauen zu jeglicher von oben her zudrängenden Anordnung kann jede Frage im freiheitlichen Geiste gelöst werden. Nur glaube niemand, die Arbeiter könnten die Produktion einfach übernehmen, indem sie die Maschinen, die sie vorfinden, in den gleichen Fabriken wie jetzt in gleicher Menge die gleiche Ware herstellen lassen. Mit der „Sozialisierung“ von Fabriken ist gar nichts getan, wenn nicht zugleich der Markt, für den sie Produkte liefern, sozialisiert wird. Alles, was die Revolution vorfindet, ist ausschließlich für die kapitalistische Wirtschaft eingerichtet, das heißt: die Arbeit dient nicht dem nötigen Bedarf, sondern dem Profit; es wird Überflüssiges hergestellt, dringlich Wichtiges für die arbeitenden Massen wird vernachlässigt. Ebenso ist die Verteilung nicht organisiert nach dem Gesichtspunkt, dass jede Ware auf schnellstem Wege vom Produzenten zum Konsumenten gelangt, sondern nach den Gewinnberechnungen des Zwischenhandels, und endlich ist der Verbrauch nicht geordnet nach dem Bedürfnis der Verbrauchenden, sondern nach deren Kaufkraft. Es ist Aufgabe der Räte – und nur, wenn tatsächlich alle Macht in ihren Händen ist, können sie dieser Aufgabe gerecht werden –, vom ersten Tage der Revolution an die kapitalistische Organisation der Wirtschaft radikal aufzulösen und Arbeit, Umlauf und Verbrauch sofort umzustellen auf den Bedarf der Arbeitenden in den Städten und auf dem Lande nach Ernährung, Bekleidung, Behausung und Erholung. Hier erwachsen den die unverfälschte Räterepublik anstrebenden Arbeiter- und Bauernorganisationen schon jetzt wichtige Aufgaben statistischer Art, und es wäre gut, wenn sich Revolutionäre zusammenfänden, um die Erfordernisse einer staatlosen Gesellschaft an Hand der vorhandenen und zu schaffenden Möglichkeiten zur Umstellung von Fabriken, Beschaffung von Rohstoff, gegenseitiger Versorgung und was dazu gehört, zu errechnen.

Endlich aber darf nie aus den Augen schwinden, dass nur dann kein Staat ist, nur dann die Räte wirklich unumschränkt wirken können, wenn alles öffentliche Leben von den Gemeinden ausgeht; dass, was immer innerhalb der Gemeinde ausgetragen werden kann, innerhalb der Gemeinde bleiben muss und dass die expansiven Erfordernisse der Wirtschaft zentrifugal von den Gemeinden aus betrieben werden müssen. Gustav Landauer¹⁹ hat im Februar 1910

¹⁹Gustav Landauer: 1870-1919, Schriftsteller, Literaturwissenschaftler, Theoretiker und Praktiker des Anarchismus.

im „Sozialist“ in zehn Punkten „Leitsätze der Politik“ aufgestellt, die, da sie in keines seiner Bücher aufgenommen sind, hier wieder abgedruckt werden sollen. Ein Blick in diese Sätze genügt, um auch hier, obwohl das Wort Räte nicht gesagt wird, die Übereinstimmung mit der Forderung der anarchistischen Räterepublik zu erkennen:

1. Jeder erwachsene Mann und jede erwachsene Frau ist selbständig in den eigenen Angelegenheiten.
2. Die Gemeinde erkennt an, welches die eigenen, unanrührbaren Angelegenheiten des Einzelnen in dieser Gemeinschaft sind.
3. Jede Gemeinde ordnet ihre eigenen Angelegenheiten selbständig.
4. Die Träger der Gemeindepolitik sind die permanent lagernden Berufsverbände, die zeitweilig in Gesamtheit zu allgemeinen Volksversammlungen zusammentreten. Diese Gemeindevertretungen ernennen Beauftragte zu selbständigem Handeln im Dienste der Gemeinde und ersetzen sie auf Grund souveräner Beschlüsse durch andre.
5. In den Angelegenheiten der Gemeinschaft zwischen den Gemeinden treten die Gemeinden zu Kreisverbänden, Provinzen und Landtagen zusammen.
6. Die Abgeordneten zu diesen Tagungen haben lediglich den Willen der Gemeinden auszuführen. Sie haben imperatives Mandat, stehen unter der ständigen Kontrolle der Gemeinde und können jederzeit abberufen und durch andre ersetzt werden.
7. Zum Vollzug der Anordnungen, die durch diese Verbände im Interesse der engeren und weiteren Gemeinschaften getroffen werden, werden Amtleute ernannt, die dem Volk, das ihnen den Auftrag gegeben hat, verantwortlich sind.
8. Die Gemeinden und die engeren und weiteren Gemeinschaften aus Gemeinden setzen jeweils die Art fest, wie ihre Beschlüsse zustande kommen sollen.

9. Es bleibt der Entscheidung der Gemeinden überlassen, ob sie an den Beschlüssen und Betätigungen der engeren und weiteren Gemeinschaften teilnehmen wollen oder nicht.
10. Es gibt keine öffentlichen Gewalten als die von der Gemeinde eingesetzten und anerkannten.

Aus allem, was hier und im Vorigen gesagt wird, kann ein erschöpfendes Gesellschaftsbild allerdings nicht entnommen werden. Wer aber den Sinn der Forderung „Alle Macht den Räten!“ nicht erfüllt, weil der Staat zutiefst in ihm sitzt, auf den werden wir beim Aufbau des anarchistischen Sozialismus ohnehin kaum zu rechnen haben. Viele werden – wir kennen ja alle die Einwendungen von Staatstreuen und Parteimenschen – meinen: Fangts an, wie ihr wollt, es wird doch immer ein Staat draus werden. Wir wissen, dass sie es sind, die alles versuchen werden, um den Staat draus werden zu lassen. Wer aber ein richtiger Spießbürger ist, der wird sogleich Dutzende und Hunderte von Alltagshindernissen wissen, welche sich der Vernunft, der Gerechtigkeit und der Freiheit schon entgegenstellen werden, so dass wir nie zum Ziele kommen können. Sie haben ganz recht: es wird nicht leicht sein. Es gehört ein Wille dazu, der Berge versetzen kann. Der Wille der Detailkrämer des Zweifels und der Besorgnisse reicht aber gewöhnlich noch nicht einmal dazu, einem Ideal zuliebe die Uhrkette zu versetzen. Die Marxisten werden uns dialektisch beweisen, dass die Rätemacht gar keine Rätemacht sein kann, sondern nur eine Stalin- oder Heinz-Neumann-Diktatur²⁰, und die Sozialdemokraten werden uns fragen, warum wir denn noch nicht einmal mit dem freien Volksstaat von Weimar zufrieden sind und durchaus auf einer staatlosen Rätegesellschaft bestehen. Es ist wahr, die Formel „Alle Macht den Räten!“ bedeutet das Bekenntnis zu einer vollständigen Umwälzung der Grundlagen des gesellschaftlichen Seins. Gegen eine Revolution von den Wurzeln aus aber sträubt sich der Mensch, der noch irgend Hoffnung hat, aus den Wurzeln der Gegenwart Kraft zu saugen. Nur wem die Gegenwart nichts mehr bietet als Abscheu vor ihren Erbärmlichkeiten und Tücken, wird einer Zukunft den Weg frei machen wollen, auf den kein Erbgut des Früheren mitgenommen werden kann. Die russischen Kommunisten sind gescheitert, weil sie nicht den Mut hatten, mit

²⁰Heinz Neumann, 1902-1937, geboren in Berlin, KPD-Funktionär und Parteitheoretiker, Chefredakteur der „Roten Fahne“, Reichstagsabgeordneter, später Exil in der Sowjetunion.

der Vergangenheit zu brechen. Sie haben den Staat mit den Räten verquicken wollen. Der Staat ist geblieben, stärker als je zuvor, die Räte sind Werkzeuge des Staates geworden, also keine Räte mehr. Wer aber fragt: Wird es nicht wieder so kommen? Sind es nicht Menschen, mit denen ihr ausziehen wollt, die Freiheit zu errichten, schwache, autoritäre, geknechtete, knechtende, gehorsame und törichte Menschen? Wie wollt ihr fertig werden mit den Widerständen der geistigen Trägheit und der anerzogenen Ehrfurcht vor Kirche, Schule, Familie und Staat? – wer so fragt, dem wollen wir entgegensetzen unsern Willen, unsern Mut und unsre Überzeugung. Denn die Gegenwart soll an die Zukunft keine Fragen stellen, sondern Forderungen!



ALLE MACHT DEN RÄTEN! erschien zuerst in FANAL, 5. Jahrgang, Dezember 1930.

BIOGRAPHIE ERICH MÜHSAMS

1878 – Am 6. April als drittes Kind des Apothekers Siegfried Seligmann Mühsam und seiner Frau Rosalie geb. Cohn in Berlin geboren.

1879 – Übersiedlung der Familie nach Lübeck.

1896 – Mühsam veröffentlicht eine Glosse über den Direktor des Kathari-neums im sozialdemokratischen „Lübecker Volksboten“ und wird wegen „sozialistischer Umtriebe“ relegiert. Er beendet die Schule mit Untersekunda und Reifezeugnis in Parchim.

1901 – Mühsam wird freier Schriftsteller und Bohemien; Anschluß an die Neue Gemeinschaft, Beginn der Freundschaft mit Gustav Landauer.

1902 – Nimmt Quartier in Friedrichshagen bei Berlin, Redakteur des „Armen Teufels“. Auftritte als Kabarettist in Berlin, erste Kontakte zu anarchistischen Gruppen.

1903 – Lebt in Berlin-Charlottenburg; wird als anarchistischer Agitator unter ständige Polizeiaufsicht gestellt. Erste selbständige Veröffentlichung: „Die Homosexualität. Ein Beitrag zur Sittengeschichte unserer Zeit“, Singer Verlag Berlin.

1904 – Beginn der „Wanderjahre“. Reisen mit Johannes Nohl in die Schweiz (Zürich, Ascona) und durch Norditalien.

1906 – Wegen Verbreitung eines Flugblatts in Berlin zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt. Aufenthalt in Wien. Bekanntschaft mit Karl Kraus.

1909 – Mühsam wird in München seßhaft. Gründung der „Gruppe Tat“ zur Propagierung der Ideen des Sozialistischen Bundes.

1910 – Verhaftung unter Anklage der Geheimbündelei; Freispruch. Kuraufenthalt in der Schweiz.

1911 – „Kain. Zeitschrift für Menschlichkeit“, Kain-Verlag München. Erscheint monatlich von April 1911 bis Juli 1914.

1915 – Mühsam nimmt Kontakte zu Pazifisten und linken Sozialdemokraten auf, um einen Aktionsbund gegen den Krieg zu gründen. September: Hochzeit mit Kreszentia Elfinger.

1916 – Mühsam nimmt an Hunger- und Protestdemonstrationen in München teil und propagiert die revolutionäre Beendigung des Krieges; Annäherung an die Spartakus-Gruppe.

1917 – Mitarbeit im Gesprächskreis Kurt Eisners (USPD). Nach der Okto-

berrevolution in Rußland tritt Mühsam in linke Opposition zu Eisner.

1918 – Im Münchner Januarstreik der Munitionsarbeiter ruft Mühsam zur Revolution auf.

März: Einberufung zum „Vaterländischen Hilfsdienst“. Nach Verweigerung Zwangsaufenthalt in Traunstein.

3. November: Rückkehr nach München.

7. November: Ausrufung der Revolution in München durch Eisner. Führende Mitwirkung im Revolutionären Arbeiterrat (RAR), Kampf um die Durchsetzung des Räteregimes.

18. November: Mit einem Flugblatt beginnt das Wiedererscheinen von der Zeitschrift „Kain“ (9 Nummern bis 25. April 1919).

30. November: Mühsam gründet die Vereinigung Revolutionärer Internationalisten (VRI) zur Radikalisierung der Rätebewegung. Zusammenarbeit mit der Spartakusgruppe.

1919 – 28. Februar: Mühsam fordert auf dem Münchner Rätekongreß die Schaffung einer bayerischen Räterepublik, erlangt aber keine Mehrheit.

7. April: führend an der Gründung der 1. Räterepublik beteiligt. Mühsam versucht, revolutionäre Dekrete durchzusetzen.

13. April: bei einem Putschversuch der Republikanischen Schutztruppe verhaftet (Zuchthaus Ebrach).

7. bis 12. Juli: Hochverratsprozeß vor dem Münchner Standgericht; Verurteilung zu 15 Jahren Festungshaft. Haftantritt in Ansbach.

September bis November: Mitglied der KPD. Austritt nach Verkündung der „Heidelberger Leitsätze.“

Mühsam wird Opfer einer mehrjährigen Diffamierungskampagne kommunistischer Mithäftlinge.

1920 – Überführung in die Festungshaftanstalt Niederschönenfeld.

1921 – Drei Monate Gefängnishaft wegen Beleidigung des bayerischen Justizministers Müller-Meiningen.

1924 – 21. Dezember: Haftentlassung auf Bewährung. Wohnsitz in Berlin-Charlottenburg.

1925 – Intensive Vortrags- und Reisetätigkeit für die Rote Hilfe Deutschlands (RHD), Häftlingsbetreuung; Kampf gegen Klassenjustiz und um Verbesserung der Haftbedingungen. Ausschluß aus der Föderation kommunistischer Anarchisten Deutschlands (FKAD) wegen seiner Zusammenarbeit mit

der KPD, danach Wortführer der Anarchistischen Vereinigung Berlin.

1926 – Die Monatszeitschrift FANAL, Fanal-Verlag Berlin, erscheint ab Oktober (bis Juli 1931). Kritik an Politik und Kultur der Weimarer Republik, Propagierung eines revolutionären Bündnisses „links von den Parteien“, Warnung vor dem Faschismus.

1927 – Mitglied im künstlerischen Beirat der Piscator-Bühne. Umzug in die Hufeisensiedlung Berlin-Britz. Ab September Veröffentlichung der „Unpolitischen Erinnerungen“ in der „Vossischen Zeitung“ (25 Folgen bis April 1929).

1929 – Austritt aus der RHD.

1931 – Intensive antifaschistische Agitation als Publizist und Redner. Befristetes Verbot von FANAL. Ausschluß aus dem Schriftstellerverband SDS.

1933 – 28. Februar: Verhaftung durch SA. Gefängnis Lehrter Straße, KZ Sonnenburg, Plötzensee, KZ Brandenburg. Folterungen und Mißhandlungen.

1934 – Ab 2. Februar KZ Oranienburg. In der Nacht zum 10. Juli von SS-Bewachern ermordet.

16. Juli: Beisetzung auf dem Waldfriedhof Berlin-Dahlem.



DER GEFANGENE

Ich hab' mein Lebtag nicht gelernt,
mich fremdem Zwang zu fügen.
Jetzt haben sie mich einkasernt,
von Heim und Weib und Werk entfernt.
Doch ob sie mich erschlügen:
sich fügen heißt lügen!

Ich soll? Ich muss? – Doch will ich nicht
nach jener Herrn Vergnügen.
Ich tu nicht, was ein Fronvogt spricht.
Rebellen kennen bessere Pflicht,
als sich ins Joch zu fügen.
Sich fügen heißt lügen!

Der Staat, der mir die Freiheit nahm,
der folgt, mich zu betrügen,
mir in den Kerker ohne Scham.
Ich soll den Paragraphenkram
mich noch in Fesseln fügen.
Sich fügen heißt lügen!

Stellt doch den Frevler an die Wand!
So kann's euch wohl genügen.
Denn eher dorre meine Hand,
eh ich in Sklavenunverstand
der Geißel mich soll fügen.
Sich fügen heißt lügen!

Doch bricht die Kette einst entzwei,
darf ich in vollen Zügen
die Sonne atmen – Tyrannei!
Dann ruf ich's in das Volk: Sei frei!
Verlern es, dich zu fügen!
Sich fügen heißt lügen!

DER GEFANGENE erschien zuerst in Erich Mühsams Gedichtband
BRENNENDE ERDE. VERSE EINES KÄMPFERS, München 1920.



www.labandavaga.de